

19.09.2025 - 13:11 Uhr

Steuererhöhung auf Vorsorgekapitalbezüge: Das Parlament muss korrigieren

Zürich (ots) -

Trotz breiter Kritik hält der Bundesrat in seiner heute veröffentlichten Botschaft zum Entlastungspaket 27 an der Steuererhöhung auf Kapitalbezügen fest. Diese willkürliche Massnahme ist eine kurzsichtige Schwächung des Dreisäulensystems und ein Affront gegenüber allen, die eigenverantwortlich für das Alter und für Risiken vorsorgen.

Mit der heute publizierten Botschaft zum Entlastungspaket 27 hält der Bundesrat an der geplanten Steuererhöhung auf Kapitalbezügen fest. Damit sendet er falsche finanz- und sozialpolitische Signale. Der Bund hat ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem. Der Schweizerische Versicherungsverband SVV appelliert deshalb an das Parlament, diese bewusste Schwächung der zweiten und dritten Säule zu verhindern.

Mehrbelastung für den Mittelstand

Die vorgesehene Mehrbelastung trifft Personen, die ihre Vorsorge eigenverantwortlich aufgebaut haben. Besonders betroffen sind der Mittelstand und Menschen in schwierigen persönlichen Verhältnissen. Kapitalleistungen bei Alter, Invalidität, Tod oder für Wohneigentum würden unnötig zusätzlich besteuert.

Steuererhöhung untergräbt Vertrauen in die eigenverantwortliche Vorsorge

"Die geplanten Massnahmen untergraben das Vertrauen in die zweite und dritte Säule. Wer sich eigenverantwortlich abgesichert hat, muss sich auf gleichbleibende Regeln verlassen können. Diese dürfen nach Jahrzehnten des Sparens nicht einfach bei einer Auszahlung verändert werden. Zudem wäre es eine Bestrafung bei Schicksalsschlägen", sagt Urs Arbter, Direktor des Schweizerischen Versicherungsverbandes SVV.

Steuererhöhung zur Unzeit

Bundesrat und Parlament diskutieren aktuell über Erhöhungen von Mehrwertsteuer oder sogar Lohnbeiträgen für die AHV. Vor diesem Hintergrund wäre es ein Affront, wenn gleichzeitig die berufliche und private Vorsorge stärker besteuert würden.

Parlament ist gefordert

Die Steuererhöhung war bereits in der Vernehmlassung breit kritisiert worden - alle bürgerlichen Parteien haben sie abgelehnt. Das Parlament muss diesen verfehlten Vorschlag nun korrigieren und die Massnahme zur Steuererhöhung streichen. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts muss über Ausgabendisziplin und Prioritätensetzung erfolgen, nicht über eine Schwächung der Eigenverantwortung der Bevölkerung.

Pressekontakt:

Schweizerischer Versicherungsverband SVV
Telefon: +41 44 208 28 14
E-Mail: media@svv.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100004569/100935263> abgerufen werden.